

Brüssel, den 24. April 2026
(OR. en)

8292/26

JEUN 55

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Gewährleistung einer jugendfreundlichen Politik der EU und der Mitgliedstaaten – <i>Gedankenaustausch</i>

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zu dem eingangs genannten Thema im Hinblick auf den Gedankenaustausch auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 11. Mai 2026.

Gewährleistung einer jugendfreundlichen Politik der EU und der Mitgliedstaaten*Orientierungsvermerk des Vorsitzes*Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport)

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die jugendpolitische Zusammenarbeit auf EU-Ebene erheblich weiterentwickelt; so verlagerte sich der Ansatz von einem sektoralen hin zu einem umfassenderen und sektorübergreifenden Vorgehen. Diese Entwicklung spiegelt die zunehmende Erkenntnis wider, dass das Leben junger Menschen von einer Reihe miteinander verknüpfter Politikbereiche geprägt ist, darunter Bildung, Beschäftigung, psychische Gesundheit, Digitalisierung und demokratische Beteiligung. Die derzeitige EU-Jugendstrategie (2019-2027) hat dazu beigetragen, die durchgängige Berücksichtigung der Belange junger Menschen voranzubringen, ihre Beteiligung durch Instrumente wie den EU-Jugenddialog zu stärken und die Inklusion zu verbessern, indem eine breitere und vielfältigere Gruppe junger Menschen erreicht wird.

Trotz dieser Fortschritte sind weitere Anstrengungen erforderlich, um sicherzustellen, dass die Politik der EU und der Mitgliedstaaten wirklich „jugendfreundlich“ ist. Junge Menschen sind nach wie vor mit bestehenden, aber auch neuen Herausforderungen konfrontiert, darunter steigende Lebenshaltungskosten, Zugang zu erschwinglichem Wohnraum, psychische Gesundheit und Wohlbefinden sowie Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung, Kompetenzen und Chancen. Laut Flash Eurobarometer 556 (2025)¹ sind fast vier von zehn jungen Europäerinnen und Europäern der Ansicht, dass die EU in erster Linie in erschwinglichen Wohnraum und Unterstützung für die Lebenshaltungskosten investieren sollte, danach sollten Investitionen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Kompetenzen, psychische Gesundheit und Wohlbefinden folgen. Diese Erkenntnisse machen deutlich, dass politische Maßnahmen, die nicht nur auf junge Menschen ausgerichtet sind, sondern auch aktiv von ihnen gestaltet werden, erforderlich sind.

¹ Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation. (2025). *Flash Eurobarometer 556 – EU challenges and priorities: Young people’s views (Herausforderungen und Prioritäten der EU: die Ansichten junger Menschen)*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. <https://doi.org/10.2775/9830210>.

Gleichzeitig wirken sich weitreichende gesellschaftliche Entwicklungen – wie der digitale Wandel, einschließlich der rasanten Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz und der Verbreitung von Desinformation und Risiken im digitalen Raum– weiterhin auf das Leben sowie das Wohlergehen und das demokratische Engagement junger Menschen aus. Dies verstärkt die Notwendigkeit eines sektorübergreifenden und zukunftsorientierten Ansatzes in der Jugendpolitik, der den sich wandelnden Gegebenheiten, mit denen junge Menschen heute konfrontiert sind, Rechnung trägt.

Junge Menschen äußern den klaren Wunsch, wirkungsvoll in die Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden, und fordern die politischen Entscheidungsträger auf, auf ihre Anliegen einzugehen und ihren Stimmen mehr Gehör zu schenken.² Während der EU-Jugendkonferenz, die unter zyprischem Ratsvorsitz ausgerichtet wurde, erörterten junge Menschen, wie politische Maßnahmen der EU jugendfreundlicher gestaltet werden können, indem die Bedürfnisse junger Menschen tatsächlich angesprochen, eine wirkungsvolle Beteiligung in allen Phasen des politischen Zyklus gestärkt und die Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen, die aus den EU-Jugendkonferenzen hervorgehen, durch die EU-Institutionen verbessert werden.

Um Jugendfreundlichkeit zu gewährleisten, muss daher die Jugendperspektive in den gesamten Politikzyklus von der Gestaltung und Umsetzung bis hin zur Überwachung und Bewertung einbezogen werden. Dies kann die Stärkung von Instrumenten zur durchgängigen Berücksichtigung der Belange junger Menschen umfassen, wie Jugendchecks und Folgenabschätzungen, um systematisch zu bewerten, wie sich politische Maßnahmen auf junge Menschen auswirken. Junge Menschen plädieren für kohärentere und transparentere Folgemaßnahmen und treten dafür ein, dass sich ihre Beiträge im Rahmen partizipativer Prozesse wirkungsvoll in den politischen Ergebnissen widerspiegeln.

Eine wirkungsvolle Beteiligung junger Menschen steht nach wie vor im Mittelpunkt einer jugendfreundlichen Politikgestaltung. Während Strukturen wie der EU-Jugenddialog inklusiver geworden sind, fordern junge Menschen nach wie vor eine stärkere Einbeziehung in die Entscheidungsfindung und fordern zudem, dass ihr Beitrag eine spürbare Wirkung hat. Innovative partizipative Instrumente können die Kontaktaufnahme mit unterschiedlichen Gruppen junger Menschen weiter unterstützen und ein inklusives Engagement und eine aktive Beteiligung am demokratischen Leben gewährleisten.

² Europäisches Parlament, Generaldirektion Kommunikation. (2025). *Youth survey (Jugendumfrage) 2024 (FL013EP)*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. <https://doi.org/10.2861/3385523>.

Gleichzeitig sollten jugendfreundliche Maßnahmen zugänglich, verständlich, für die eigenen Erfahrungen junger Menschen relevant und langfristig wirksam sein. So sollten die Kommunikation vereinfacht, der Verwaltungsaufwand verringert, die Umsetzung bewertet sowie sichergestellt werden, dass die politischen Maßnahmen inklusiv bleiben und den sich ändernden Bedürfnissen gerecht werden. Mit koordinierten Ansätzen können eine kontinuierliche Verbesserung gefördert und die Jugendfreundlichkeit als Leitprinzip bei der künftigen Politikgestaltung gewahrt werden. In diesem Zusammenhang bietet die Entwicklung der nächsten EU-Jugendstrategie für die Zeit nach 2027 auf EU-Ebene die Gelegenheit, auf bestehenden Errungenschaften aufzubauen und gleichzeitig verbleibende Lücken zu schließen. Ziel der Diskussion ist es, Erkenntnisse zu gewinnen und bewährte Verfahren auszutauschen, um sicherzustellen, dass die politischen Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten den Bedürfnissen und Erwartungen junger Menschen tatsächlich gerecht werden.

Fragen an die Ministerinnen und Minister:

1. Können Sie Beispiele für bewährte Verfahren in Ihrem Land nennen, die dazu beigetragen haben, die Politik jugendfreundlicher zu gestalten? Auf welche Herausforderungen sind Sie gestoßen und wie wurden sie überwunden?
2. Welche konkreten Ideen oder Vorschläge würden Sie mit Blick auf die Zukunft vorschlagen, um sicherzustellen, dass die nächste EU-Jugendstrategie jugendfreundlicher ist, insbesondere in Bezug auf Beteiligung, Umsetzung und Wirkung?